

Minderheit ist nicht gleich Minderheit

Offizieller Besuch in Slowenien

(aus Novice, Klagenfurt, Nr. 34, S. 2, 6. September 2013)

Die beiden Präsidenten haben die Wünsche der Minderheit zurückgewiesen

Der österreichische Präsident Heinz Fischer weilte am vergangenen Sonntag und Montag in Slowenien. Der offizielle Staatsbesuch erfolgte auf Einladung seines slowenischen Kollegen Borut Pahor, gemeinsam mit Gattin Margit und in Begleitung des Kärntner Landeshauptmanns Peter Kaiser, und begann am Sonntag in Laibach/Ljubljana, wo Fischer vom Gastgeber mit militärischen Ehren begrüßt wurde.

Slowenien – Den größten Eindruck in der Öffentlichkeit hinterließ der Besuch des Präsidenten in Kočevje/Gottschee. Die beiden Präsidenten wurden dort im Regionalmuseum Šeškv dom, in dem sich 1943 in den Wirren des Zweiten Weltkriegs zum ersten Mal die slowenischen Abgesandten der Partisanen (Vollversammlung von Kočevje) trafen, über das Schicksal der Gottscheer informiert. **Hinter verschlossenen Türen sprach man mit den Vertretern der deutschsprechenden Gemeinschaft in Slowenien. Diese drückten beim Gespräch und später auch öffentlich die klare Erwartung aus, dass Slowenien ihre ethnische Gemeinschaft als autochthone Minderheit nach dem Vorbild der ungarischen und italienischen Volksgruppe anerkennen soll. Beide Präsidenten wiesen diese Wünsche sehr höflich zurück.**

Fischer war diplomatisch: »Präsident Pahor und ich sind vor allem deshalb hierher gekommen, um uns gut zu informieren. Die Deutschsprachigen haben laut der slowenischen Verfassung die Möglichkeit, ihre Kultur und Sprache zu entwickeln. Die Antwort auf ihre Vorschläge gibt auch das Kulturabkommen, finanziell werden sie von beiden Staaten unterstützt.«

Das erwähnte Abkommen zwischen Slowenien und Österreich wurde 2001 unterzeichnet und erkennt die Deutschsprachigen in Slowenien als ethnische Gemeinschaft mit einer eigenen Identität an. Pahor war direkter als der österreichische Gast: **»Das Kulturabkommen gibt den Deutschsprachigen wie erwähnt genügend Entwicklungsmöglichkeiten. Artikel 61 der Verfassung verpflichtet den Staat, dass diese Identitäten ausgedrückt werden. Ich habe das Kulturabkommen vor einem guten Jahrzehnt als Vorsitzender der Staatsversammlung trotz aller Zweifel auch selbst**

unterstützt. Deshalb bin ich kein Befürworter der Forderungen der Deutschsprechenden, die einen ähnlichen Status wie die Italiener oder Ungarn beanspruchen.“

Die Obmänner zahlreicher Vereine forderten bei der Feier öffentlich die Anerkennung der Deutschsprechenden als autochthone Minderheit, was auch eine Vertretung in der Staatsversammlung, also im Parlament zur Folge hätte. Nur der Vorsitzende des „Gottscheer Vereins der Altsiedler Peter Kozler“ Ervin Krisch hat diesen Wunsch nicht geäußert und hat sich später auch öffentlich von diesen Forderungen distanziert, insbesondere von der Äußerung nach der Sitzung der Präsidenten, dass das Kulturabkommen die Gottscheer Deutschen betrogen hätte.

Boris Jaušovec